

Limmattal, im Oktober 2013

Pressemitteilung

Mit Neid blicken unsere Nachbarn auf die Schweiz. Unsere Arbeitslosigkeit und unsere Staatsverschuldung sind tief, unsere Innovationskraft und unsere Produktivität sind hoch. Man kann sagen: es geht uns gut als Land und als Volkswirtschaft.

Mit Kopfschütteln nehmen wir deshalb die einfältige 1:12 Initiative der Jungsozialisten zur Kenntnis. Die Argumente dafür und dagegen dürften Ihnen alle bereits bekannt sein. Man muss zusammenfassen, dass die Initiative viel Schaden anrichtet und niemandem etwas bringt. Eine solche Destruktivität ist neu in unserem politischen System und zeugt von einer verantwortungslosen Politik der Initianten. Sie beißen heute in die Hand, welche sie füttert, und werden morgen beim Staat die hohle Hand machen, wenn bei uns europäische Verhältnisse herrschen.

Aus folgenden Überlegungen setzen wir uns entschieden zur Wehr gegen diese Demontage des Erfolgsmodells Schweiz:

➤ **Kein Mittel gegen Abzockerei**

Die ärgerliche Abzockerei einzelner Manager in Grosskonzernen wurde vom Volk mit der Annahme der Minderinitiative quittiert und korrigiert. Die Aktionäre als Inhaber der Firma werden in Zukunft mehr Möglichkeiten bekommen, bei solchen Exzessen mitzureden, und das ist gut so. Mit der 1:12 Initiative soll jedoch der Staat flächendeckend über alle Branchen in das Lohngefüge der Unternehmen eingreifen, und das lehnen wir entschieden ab. Der Staat ist nicht Eigentümer der Unternehmen!

➤ **Falsch verstandene Lohngerechtigkeit**

Lohngerechtigkeit definieren wir als faire Entlohnung für Leistung und Leistungsbereitschaft einer Person und für den Verantwortungsumfang ihrer Position. Dies lässt sich nicht in jedem Fall in einem willkürlich festgelegten Rahmen von 1:12 abbilden. Die Umsetzung von 1:12 wird wohl eher dazu führen, dass die hohen Saläre beschnitten oder ausgelagert werden müssen, als dass die niedrigen Löhne angehoben werden.

➤ **Die Vertragsfreiheit wird beschnitten**

Die Vertragsfreiheit garantiert Unternehmern das Recht, selbständig und ohne Beschränkung zu entscheiden, ob und mit wem sie einen Vertrag abschliessen. Wird sie beschnitten, so wird der unternehmerische Spielraum eingegrenzt. Diese unnötige Einschränkung schadet den Firmen.

➤ **Der Produktionsstandort Schweiz wird geschwächt**

Schweizer Produktionsfirmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, haben ein grosses Lohngefälle. Die von der Initiative propagierte Lohngerechtigkeit schafft hier grosse Probleme ohne dass sie irgend einen Nutzen bringt.

➤ **Die soziale Sicherheit leidet**

Steuereinnahmen und AHV Beiträge von Spitzenverdienern werden stark abnehmen und in der Staatskasse fehlen. Der Zürcher Regierungsrat hat sich in seiner Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss zu den Auswirkungen der 1:12-Initiative wie folgt geäussert. „Die Folge sind sinkende Steuereinnahmen und Sozialabgaben sowie steigende Arbeitslosigkeit. Damit ist der schweizerische und zürcherische Wohlstand gefährdet“.

Deshalb stimmen wir am 24. November: NEIN zur sinnlosen 1:12 Initiative!

Freundliche Grüsse



Gregor Biffiger
Präsident Gewerbeverein Limmattal



Fredi Pahr
Präsident Industrieverein Spreitenbach



Dr. Andreas Geistlich
Co-Präsident Wirtschaftskammer Schlieren



Dietrich Pestalozzi
Präsident Industrie- und Handelsverein Dietikon